



Bayerischer  
Bezirkstag

Bayerischer Bezirkstag  
Ridlerstraße 75  
80339 München  
T. 089/21 23 89-0  
F. 089/29 67 06  
info@bay-bezirke.de

Ausgabe 2 / 2019

# Bezirkstag.info

Aus dem Inhalt

Vom Wert der Heimat

Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags 2019

Positionspapier zum Heimatbegriff

Vollversammlung beschließt Leitbild

Psychiatrische Krisendienste

Gemeinsame Qualitätsstandards beschlossen

## Vollversammlung 2019

Tagungsthema: Vom Wert der Heimat . . . . .	3
Positionspapier zum Heimatbegriff. . . . .	5
Patient Heimat? . . . . .	6
Heimat ist endlich! . . . . .	7
Architektur schafft Heimat. . . . .	7
Die zweite Heimat. . . . .	8
Warum ich in meiner Heimat geblieben bin. . . . .	9
Heimat in bewegten Zeiten. . . . .	10

## Soziales

Bundesteilhabegesetz. . . . .	12
Bayerisches Teilhabegesetz. . . . .	14
Teilhabe am Arbeitsleben. . . . .	15

## Gesundheit

Flächendeckende Errichtung von Krisendiensten. . . . .	16
Versorgung von Menschen mit besonderen Verhaltensauffälligkeiten . . . . .	17

## Bildungswerk Irsee

Bayerischer Psychiatrischer Pflegepreis 2019 . . . . .	18
Demenz – Lebensqualität im Fokus. . . . .	19
Forschungs- und Bildungskongress. . . . .	19
„Auch der ‚Gnadentod‘ ist Mord.“ . . . . .	20

### Impressum

Herausgeber:  
Bayerischer Bezirketag  
Ridlerstraße 75  
80339 München  
089 21 23 89 0  
[info@bay-bezirke.de](mailto:info@bay-bezirke.de)  
[www.bay-bezirke.de](http://www.bay-bezirke.de)

Verantwortlich für den Inhalt:  
Stefanie Krüger,  
Geschäftsführendes  
Präsidialmitglied

Redaktion:  
Constanze Hölzl

Erscheinungstermin:  
21. August 2019

# Vom Wert der Heimat

## Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags in Augsburg

Die Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags kam in diesem Jahr in Augsburg zusammen. Das Thema der Tagung war: „Vom Wert der Heimat – Kultur-, Landschafts- und Sozialraum“. Am ersten Tag standen zunächst Verbandsthemen im Vordergrund, während am zweiten Tag das Thema Heimat mit all seinen Facetten beleuchtet wurde. Zum Auftakt zog der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler, eine Bilanz der zurückliegenden zwölf Monate, die für die dritte kommunale Ebene in vielfacher Hinsicht wegweisende Entscheidungen gebracht haben und bei denen die Bezirke vieles für die ihnen anvertrauten Menschen mit Behinderung erreichen konnten. So begrüßte Löffler ausdrücklich die Neuerungen des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und hier insbesondere den Grundsatz der individuellen Bedarfsdeckung. Allerdings machte er klar, dass dies für die Bezirke schon heute erhebliche Mehrkosten verursache, die derzeit noch nicht abschließend zu überblicken seien. Der Bayerische Bezirketag, so Löffler, begrüße die dazu vom Bund eingeleiteten Untersuchungen. Deren Zeitraum bis zum Jahr 2021 sei aber zu kurz bemessen, da bis dahin noch keine validen Aussagen möglich seien. Löffler forderte daher, im Bayerischen Teilhabegesetz verbindlich zu regeln, dass die Kostenfolgen, die im Zusammenhang mit der Umsetzung des BTHG auftreten, in den nächsten drei bis fünf Jahren untersucht werden sollen. Soweit den Bezirken hier Mehrkosten entstünden, müsse sich der Freistaat im Sinne der Konnexität verpflichten, diese den Bezirken als Mehrbelastungsausgleich zu ersetzen.

Löffler ging auch auf das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ein, das die Bezirke verpflichte, bis zum 1. Juli 2021 Krisendienste in ganz Bayern mit Leitstellen, mobilen Krisendiensten und einem Netzwerk der Regelversorgung aufzubauen. Dieses Angebot, hob Löffler hervor, gebe es in keinem anderen Flächenstaat – Bayern sei hier in jeder Hinsicht Vorbild. Er stellte heraus, dass die Bezirke die Kosten für den Ausbau verbindlicher Netzwerke und insbesondere die aufsuchende Krisenversorgung durch mobile Einsatzteams selbst schultern werden. Der Freistaat übernehme seinerseits die Kosten für die sieben Leitstellen in Bayern

mit derzeit geschätzt 7,7 Millionen Euro pro Jahr. Dazu allerdings, so Löffler, laufen die Verhandlungen noch. Einen Meilenstein stellen in diesem Zusammenhang die Qualitätsstandards für Leitstellen und mobile Krisendienste dar, die der Bayerische Bezirketag bereits im Mai 2019 für verbindlich erklärt hat. Größte Herausforderung, so Löffler, sei aber auch hier die Gewinnung der notwendigen zusätzlichen Fachkräfte ohne dadurch bestehende andere Versorgungsbereiche personell auszudünnen. Auch wenn der zeitliche Umsetzungsrahmen mit dem 1. Juli 2021 äußerst sportlich ist, sei er zuversichtlich, dass die Bezirke auch diese Aufgabe erfolgreich stemmen werden.



*Bezirketagspräsident Franz Löffler,  
Foto: Daniel Beiter*

Bei der Reform der Pflegeberufe, die schon im Jahr 2017 auf den Weg gebracht wurde, gebe es nun die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen. Der Bayerische Bezirketag, so machte Löffler klar, begrüße die Reform ausdrücklich. Man habe sich stets für die generalistisch ausgerichtete berufliche Pflegeausbildung eingesetzt. Fachkräften sollen nach der grundständigen Erstausbildung künftig mehr Einsatzgebiete als bisher offen stehen. Allerdings machte der Präsident des Bezirketags auch

deutlich, dass es Kompromisse zwischen Qualitätsvorgaben des Freistaats Bayern, die von Kliniken, Heimen und Schulen einzuhalten sind, und einem zu engen Kostenrahmen aus Sicht der Bezirke und des Bezirketags nicht geben dürfe. Denn diese gingen zulasten der künftigen Pflegefachkräfte. So forderte Löffler vom Freistaat Bayern ein klares Bekenntnis zur Pflegeberufereform – gute Ausbildung koste Geld.

Schließlich bekräftigte der Bezirketagspräsident mit Blick auf die Finanzausstattung der dritten kommunalen Ebene, dass Hilfen für Menschen mit Behinderungen wie auch für Pflegebedürftige nicht von der jeweiligen Konjunkturlage abhängig sein dürften. Die Gesellschaft müsse sich klar zu diesen Leistungen bekennen. Angesichts weiter wachsender finanzieller Anforderungen im Sozialbereich, betonte Löffler, müssten daher auch die Mittelzuweisungen des Freistaats an die Bezirke im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs verstetigt und angepasst werden.

Ein weiterer Schwerpunkt war anschließend die Festrede des Bayerischen Staatsministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Dr. Florian Herrmann, MdL. Er überbrachte in Stellvertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten, Dr. Markus Söder, MdL, die herzlichen Grüße der Bayerischen Staatsregierung. Dabei würdigte er im Blick auf das Motto der Vollversammlung „Vom Wert der Heimat“ die Arbeit und Verdienste der dritten kommunalen Ebene. Menschen direkt in

den Regionen Heimat zu geben, gelinge den Bezirken auf vorbildliche Weise. Dabei sei Heimat nie ein statischer Begriff, sondern stets ein Entwicklungsprozess. Das zeige sich besonders hinsichtlich der Herausforderungen bei der Migration. Darüber hinaus sagte Staatsminister Herrmann den Bezirken die Unterstützung bezüglich der Pflegeberufereform zu. Gut ausgebildete Fachkräfte seien dabei die wichtigste Grundlage. Deshalb müsse es auch klar sein, dass gute Pflege Geld koste. Hier gebe es ein Einvernehmen zwischen der Staatsregierung und den Bezirken.



*Bezirketagspräsident Franz Löffler (r) und Staatsminister Dr. Florian Herrmann, Foto: Bayerische Staatskanzlei*

*Ulrich Lechleitner  
Pressesprecher Bayerischer Bezirketag  
u.lechleitner@bay-bezirke.de*

## „Heimat steht für eine von Weltoffenheit und Toleranz geprägte Kultur des Zusammenlebens“

„Der Heimatbegriff ist oft missbraucht worden“, sagt der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Franz Löffler. Deshalb habe die Vollversammlung des Bezirketags ein Positionspapier „Vom Wert der Heimat“ beschlossen. „Unser Positionspapier hat die Funktion eines Leitbildes – es soll Grundlage sein für weitere politische Diskussionen des Heimatbegriffs und künftig bei Grundsatzfragen unserer regionalen Kulturarbeit und Heimatpflege herangezogen werden“, stellt Löffler fest.

Die Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags grenze sich mit der Resolution von allen ab, für die

Heimat ein Synonym für Nationalismus und Egoismus ist. Für den Bayerischen Bezirketag stehe Heimat vielmehr für „Gemeinschaftssinn, Solidarität und eine Kultur des Zusammenlebens, die von Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitigem Respekt geprägt ist“, so Löffler. Das Positionspapier stelle auch klar, dass niemand ausgegrenzt werden dürfe, beispielsweise wegen seiner Religion, Hautfarbe, Herkunft oder Behinderung. „Heimat ist eine gemeinsame Verpflichtung zur Integration und Inklusion, beides sind Themen einer zukunftsgerichteten Heimatpflege“, so Löffler.

# Positionspapier: Vom Wert der Heimat

## Im Gleichgewicht zwischen Einheit und Vielfalt

Der Heimatbegriff ist äußerst facettenreich und vielschichtig. Er kann einen Ort, eine Region, eine kulturelle Ausdrucksform, eine soziale Bindung und ein Gefühl bezeichnen. Immer wieder wird er auch politisch instrumentalisiert und missbraucht. Die bayerischen Bezirke wollen Position beziehen und darlegen, welchen Heimatbegriff sie ihrer Aufgabenerfüllung und ihrem politischen Wirken zugrunde legen.

- Heimat zeichnet sich durch Einheit aus: durch Sprache, Geschichte und Traditionen, durch verbindliche ethische Werte, basierend auf christlich-jüdischen Wurzeln – wie Achtung der Menschenwürde, Solidarität, Gemeinwohlorientierung und Hilfsbereitschaft. Heimat ist auch untrennbar verbunden mit der Verfassung des Freistaates Bayern und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.
- Heimat zeichnet sich durch Vielfalt aus: In ihr leben Menschen, die verschieden sind, beispielsweise hinsichtlich Herkunft, Kultur, Weltanschauung oder Religion.
- Heimat bringt Einheit und Vielfalt in ein Gleichgewicht, wenn sie Menschen nicht ausgrenzt, sondern einbindet, wenn sie geprägt ist von Weltoffenheit, Toleranz, gegenseitigem Respekt und der Wahrung ethischer Werte sowie verfassungsrechtlicher Grundsätze. Heimat ist deshalb kein Synonym für Nationalismus, Egoismus oder Abgrenzung gegenüber Fremdem, Anderem und Neuem.
- Heimat steht vielmehr für eine Kultur des Zusammenlebens, für ein gemeinsames kulturelles, soziales und politisches Wirken. Heimat ist auch die gemeinsame Verpflichtung zur Integration und Inklusion aller Menschen, unabhängig unter anderem von Alter, Geschlecht, Gesundheit, Behinderung, Religion, Weltanschauung, Herkunft, Hautfarbe oder sexueller Orientierung. Heimat soll Halt und Sicherheit geben, auch denen, die ihre ursprüngliche Heimat durch Flucht oder Vertreibung verloren haben.
- Heimat ist Kultur und soziales Zusammenleben, aber auch Umwelt und Natur. Dafür tragen wir Verantwortung. Diese verpflichtet zum nachhaltigen Planen, Wirtschaften und Bauen, zur Erhaltung der Artenvielfalt und zum Schutz des Klimas. Wir müssen unsere Heimat vor Zersiedelung, Flächenverbrauch und Zerstörung der natürlichen Ressourcen bewahren.

Wir, die bayerischen Bezirke, bekennen uns zu diesem offenen und zukunftsfähigen Heimatbegriff als Grundlage für unsere politische Tätigkeit und die Erfüllung unserer Aufgaben in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Kultur, Bildung und Umwelt. Wir wollen damit einen Beitrag leisten zur Zusammengehörigkeit und Weiterentwicklung einer Gesellschaft, die geprägt ist von Humanität, Freiheit, Gleichberechtigung und gegenseitiger menschlicher Achtung.

*Werner Kraus*  
Referent Bayerischer Bezirkstag  
[w.kraus@bay-bezirke.de](mailto:w.kraus@bay-bezirke.de)

**Das Positionspapier zum Herunterladen  
finden Sie unter**  
[www.bay-bezirke.de/positionspapier-heimat.html](http://www.bay-bezirke.de/positionspapier-heimat.html)

## Patient Heimat?

Die Heimat in all ihren Facetten, ihren Emotionen, ihren sozialen, historischen, ökologischen und ökonomischen Aspekten stand im Mittelpunkt des zweiten Tags der Vollversammlung in Augsburg, der mit einer Podiumsdiskussion eingeleitet wurde. Dr. Peter Fassl, Heimatpfleger des Bezirks Schwaben, erinnerte daran, dass im Nachgang der Industrialisierung gerade um das Jahr 1900 bürgerliche Kreise und Künstlerkolonien die Rückkehr zur Natur gefordert hätten und sich damit auch dem allgemeinen Fortschrittsglauben entgegen gestellt hätten. Hier seien bereits potentielle Aspekte des späteren Revisionismus erkennbar gewesen, so Fassl.

In der Diskussion betonte Dr. Maximilian Seefelder, Bezirksheimatpfleger in Niederbayern, dass vieles vor 150 Jahren gut war, inzwischen aber heute überholt sei. Als Beispiel brachte er das „Hirtenwesen“, das es heutzutage so gar nicht mehr gebe und tatsächlich von der Geschichte überholt worden ist. Umso wichtiger sei es, Historisches – wenn möglich – in die Gegenwart zu übertragen und neu zu interpretieren. Gerade bei der Tracht sei es etwa gelungen, durch neue Interpretationen auch bei jungen Menschen einen modernen Zugang zu finden.



*Dr. Maximilian Seefelder (l.), Heimatpfleger des Bezirks Niederbayern, Dr. Peter Fassl (M.), Heimatpfleger des Bezirks Schwaben, Moderatorin Anouschka Horn (r.). Foto: Daniel Beiter*

Heimat sei zwar meist örtlich, dennoch sei für junge Menschen auch die digitale Welt ein Teil ihrer Heimat. Um diese Generation zu erreichen, so die Heimatpflegerin des Bezirks Schwaben Dr. Andrea Kluxen, müsse man daher auch in der virtuellen Welt präsent sein, Inhalte vorstellen, Angebote machen und Kontakte knüpfen. Facebook, Instagram und andere virtuelle Plattformen beanspruchten jedoch intensive Ressourcen, um die notwendige Präsenz erreichen zu können.



*Dr. Andrea Kluxen (M.), Heimatpflegerin des Bezirks Mittelfranken, Peter Näder (r.), Populärmusik-Beauftragter des Bezirks Unterfranken. Foto: Daniel Beiter*

Welche besondere Rolle die Musik spielt, verdeutlichte Peter Näder, Populärmusik-Beauftragter des Bezirks Unterfranken. Seit mehr als 18 Jahre sei er mit zahlreichen gelungenen Projekten tätig. Gemeinsam zu musizieren bedeute Vertrauen, Zuhören und Fehler zulassen. Musik sei auch Heimat, dies habe Frank Zappa bereits gesagt: „Home is where my heart is“.

Die künftigen Aufgaben der Heimatpfleger sahen die Fachleute klar vor Augen: Offenheit gegenüber den Menschen, deren Bedürfnisse beachtend und dabei selbstreflektierend bleiben. Eine reine „Altertumspflege“ sei hingegen nicht zielführend.

*Ulrich Lechleitner  
Pressesprecher Bayerischer Bezirkstag  
u.lechleitner@bay-bezirke.de*

## Heimat ist endlich!

Heimat ist auch Natur, die auch der Lebensraum ist, in dem wir Menschen uns bewegen. Wie entwickelt sich dieser Lebensraum vor unserer Haustür in München und anderen Großstädten und im ländlichen Raum? Seit vielen Jahren beschäftigt sich Prof. Dr. Michael Schrödl von der Zoologischen Staatssammlung in München mit dieser Frage. Wie geht es der Tier- und Umwelt? In den Medien werden die globalen Folgen und Konsequenzen des Klimawandels diskutiert und plastisch dargestellt. Aber, so Schrödl, die Folgen seien auch vor unserer Haustür sicht- und spürbar – und das bereits heute.

40.000 Tierarten gebe es im Freistaat – noch! Denn die Hälfte der Tierarten sei bereits heute in ihrer Existenz gefährdet. Welche Konsequenzen sich aus diesem Artensterben für das gesamte Ökosystem ergeben, sei noch unklar. Hier müsse dringend geforscht werden. Viel Zeit bleibe allerdings nicht, mahnte Schrödl und appellierte an jede und jeden einzelnen. „Jeder muss Verantwortung übernehmen, für sein Leben und für die Gemeinschaft gleichermaßen“. Hinterfragen müsse jeder auch seinen bisherigen Lebensstil, denn auch im Kleinen könne man beginnen, die Welt im Großen

zu schützen: Ernährung, Reisen und vieles mehr – nannte er als Beispiel. Dann könne jeder seine „erlebte und sichtbare“ Heimat, die Natur vor seiner Tür auch bewahren.



*Prof. Dr. Michael Schrödl und Moderatorin Anouschka Horn. Foto: Daniel Beiter*

*Ulrich Lechleitner  
Pressesprecher Bayerischer Bezirkstag  
u.lechleitner@bay-bezirke.de*

## Architektur schafft Heimat

Erlebte Heimat sei sichtbar, denn Architektur schafft Heimat und ist Heimat zugleich. Darauf wies Christine Degenhart, seit 2016 Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, hin. Alte Gebäude und Häuser, die nach einer geplanten und abgestimmten Renovierung und Sanierung sich wieder in unsere moderne Architektur und Umgebung integrieren, könnten vielen Menschen eine Heimat und ein Heimatgefühl geben.

Gerade die Bewahrung älterer Gebäude inmitten der historischen Stadtkerne verbinde Altes und Neues und schaffe somit ein Gefühl des „Zuhause-seins“, so die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer. Beispielhaft führte Degenhart zahlreiche gelungene Beispiele vor, wie sich historische Gebäude nach einer Sanierung

und Renovierung in ein modernes Umfeld inmitten eines Stadtkerns integrieren und sie befruchten können.

Um eine gelungene Integration der Vergangenheit in die Gegenwart somit Zukunft zu erreichen, bedürfe es einer guten Abstimmung zwischen allen Beteiligten und einer klaren Zielsetzung. Architektur könne gestalterisch wirken, denn Architektur könne den Menschen im wahrsten Sinne des Wortes eine Heimat gestalten und geben.

*Ulrich Lechleitner  
Pressesprecher Bayerischer Bezirkstag  
u.lechleitner@bay-bezirke.de*

## Die zweite Heimat

Kann man eine „zweite Heimat“ finden, wenn man seine erste Heimat verlassen musste? Und was macht sie aus, die sagenumwobene Heimat? Zwei sehr unterschiedliche Menschen zeigten anhand ihrer Biographie und Lebensgeschichte, dass man sich eine neue Heimat aufbauen kann, unabhängig davon, ob man die neue freiwillig oder unfreiwillig sucht.

Ernst Schroder musste wie zahlreiche Deutsche im Jahr 1945 seine Heimat Pommern verlassen. Mitnehmen konnte er wenig. Geholfen hat ihm speziell etwas anderes: „Wir waren mehrere Geschwister und halfen uns gegenseitig, in der neuen Heimat Fuß zu fassen“, so der heute 79-Jährige. Außerdem kehrt sei es auch einfacher gewesen, als Kind sich seine neue Heimat zu erobern. Fünf Jahre alt sei er bei der Flucht gewesen, da seien die Erinnerungen und Gefühle noch nicht so tief an Pommern verwurzelt. Aber was macht nun die Heimat für ihn aus? „Ich unterscheide zwischen den Begriffen Heimat und Vaterland“, so Schroeder. Heimat seien seine Familie, seine Kinder und Enkelkinder sowie Freunde. Hier finde er Ruhe, Geborgenheit und auch Zuversicht. Deutschland aber sei sein Vaterland und damit auch ihm eng verbunden.

Einen anderen Weg ist Francis Ahaneku gegangen, der vor 16 Jahren seine ursprüngliche Heimat Nigeria verließ und in München seine zweite Heimat fand: beruflich, privat, persönlich. Als Krankenpflegehelfer arbeitet Ahaneku im Universitätsklinikum Großhadern, beruflich möchte er eine Ausbildung zum Gesundheits- und Kran-

kenpfleger im kommenden Jahr beginnen. Doch seine Heimat, wo ist sie? Ahaneku findet sie in Nigeria und Deutschland, findet sich in beiden Ländern wieder. Nigeria besucht er alle zwei Jahre und findet im Kreis seiner Familie Vertrautheit und Annahme.

Schroeder selbst engagiert sich seit geraumer Zeit auch für Flüchtlinge, um deren Integration zu unterstützen. Heimat – auch eine neue – kann man also finden und in ihr leben. Das zeigen Francis Ahaneku und Ernst Schroeder, beide auf ihre Art und mit ihrem Lebensweg.



*Francis Ahaneku, Krankenpfleger aus München, Ernst Schroeder, Bund der Vertriebenen, Landesverband Bayern. Foto: Daniel Beiter*

*Ulrich Lechleitner  
Pressesprecher Bayerischer Bezirkstag  
u.lechleitner@bay-bezirk.de*



## Warum ich in meiner Heimat geblieben bin

Einen eindringlichen Appell richtete die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde von München und Oberbayern, Dr. h. c. Charlotte Knobloch, in Augsburg an die Delegierten und Gäste der Vollversammlung zum Thema "Wert der Heimat". Sie mahnte, es reiche heute nicht mehr, nur auf die Lehren aus der nationalsozialistischen Vergangenheit hinzuweisen. Vielmehr müsse es darum gehen, gerade der Jugend den tatsächlichen Wert von Heimat in einer freiheitlichen Demokratie vor Augen zu führen. Unter Rückbesinnung auf ihre eigene Kindheit im Dritten Reich, wo sie die Schrecken der NS-Diktatur ganz unmittelbar und auf bitterste Weise familiär erleben und durchleiden musste, hob Knobloch hervor, dass all jenen, die heute in Gefahr seien, radikalen und extremistischen Tendenzen zu erliegen, deutlich gemacht werden müsse, was dieses Bayern, Deutschland und Europa bedeute: Es stehe jeweils für das humanistische Menschenbild, für Respekt, Achtung, Toleranz und Offenheit – Werte, die nie selbstverständlich seien und die immer wieder neu erkämpft werden müssten.



*Dr. h. c. Charlotte Knobloch. Foto: Daniel Beiter*

Sie selbst, betonte Knobloch, habe sich nach 1945 ganz bewusst dafür entschieden, im "Land der Täter" zu bleiben. Und wenn sie heute beispielsweise mitten im Herzen von München die dortige neue Synagoge und das jüdische Begegnungs-

zentrum sehe – und wie beides von den Münchnerinnen und Münchnern und den Besuchenden der Stadt angenommen werde –, erfülle sie dies mit Stolz, aber auch mit der Gewissheit, angekommen zu sein, um weiterhin bleiben zu wollen! Ausdrücklich würdigte Knobloch in Augsburg die Regierenden im Bund, in den Ländern und die Verantwortlichen in den Kommunen, die alles nur Mögliche zum Schutz jüdischen Lebens täten. "Das ist ein ermutigendes Zeichen", sagte sie und forderte vor allem ihre jungen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, Bayern und Deutschland nicht den Rücken zu kehren, obwohl es einen neu entfachten Antisemitismus gebe, dem man entschieden entgegen treten müsse.

Im Kontext ihrer eigenen Geschichte stellte Knobloch heraus, dass Heimat heute und in Zukunft niemals mehr Ausgrenzung, sondern immer Integration sein müsse. Nur dann werde man Heimat mit einem demokratischen und weltoffenen Patriotismus leben und zum Vorbild für andere gestalten können. Deshalb dankte sie auch den Bezirken und dem Bayerischen Bezirketag, dass sich diese Vollversammlung dem Thema Heimat engagiert und mit vielen guten Impulsen angenommen habe. Gerade auch die dritte kommunale Ebene, die sich als Sachwalter der Anliegen von Menschen mit Behinderung verstehe, bereichere das Thema Heimat mit vielfältigen Akzenten.

Bezirketagspräsident Franz Löffler dankte Charlotte Knobloch mit dem Ehrengeschenk des Bayerischen Bezirketags für ihr Lebenswerk und die Teilnahme an dieser Tagung in Augsburg, etwas, das man nicht hoch genug bewerten könne. Und als Zeichen der Wertschätzung erhoben sich die Delegierten und Gäste zu einem lang anhaltenden Applaus von ihren Plätzen.

*Ulrich Lechleitner  
Pressesprecher Bayerischer Bezirketag  
u.lechleitner@bay-bezirke.de*

## Heimat in bewegten Zeiten

„In der Natur stehen viele Zeichen auf Unheil. Zwischen den Großmächten stehen sie auf Konfrontation. Wirtschaftsexperten raunen vom nächsten Crash. Politische Extremisten gefährden die Zukunft.“ Mit diesem düsteren Szenario beschreibt der ehemalige Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Professor Dr. Heribert Prantl, die Gegenwart. Die Weltzuversicht vieler Menschen sei zerborsten und einem „Ohnmachtsgefühl“ gewichen. Wie kann darauf reagiert werden? Wie kann Zukunft gestaltet werden? Wie kann es gelingen, die Welt wieder heimatlich zu machen?

Prantl verweist beispielhaft auf das Engagement von Greta Thunberg oder auf Protestaktionen wie „Fridays for Future“. „Vielleicht geht die Zeit der Gleichgültigkeit zu Ende, die Zeit der schmerzlosen Unempfindlichkeit gegen die Indizien der Katastrophe“. Und er fordert: „Wir dürfen nicht gleichgültig bleiben, das ist das Motto der Stunde“. Weder der populistische Extremismus noch der neu-aggressive Nationalismus oder die Klimakatastrophe seien Naturgewalten, denen nichts entgegengesetzt werden könne.

Was kann dem entgegengesetzt werden? „Es hilft Denken; es hilft Utopie. Es hilft der praktizierte Glaube an Brüderlichkeit, Schwesterlichkeit und Solidarität – mit den Menschen und mit der Natur“, sagt Prantl. Es sei an der Zeit, dass die Politik wieder „Hoffnung“ mache „auf eine gute Zukunft, auf Arbeit, Sicherheit und Heimat in einer globalisierten Welt“.

Die Gesellschaft müsse, so Prantl, eine „heimatliche Gesellschaft“ werden, das Land ein „heimatliches Land“. Nur mit Reden über Heimat allein sei es freilich nicht getan. „Heimatliche Politik ist eine Politik, die den Menschen ihre Unsicherheit nimmt“, resümiert Prantl. Dabei gehe es nicht nur um Heimatpflege oder Denkmalpflege, sondern auch um Miet- und Rentenpolitik, um das Wohnen in den Städten, das Leben im Alter, um eine gute Verkehrsinfrastruktur, um Mobilität. Und es gehe nicht nur um die Städte: „Es gilt, die Kraft der

Provinz zu erhalten oder wieder neu zu entwickeln.“

Im Mittelpunkt steht für Prantl deshalb die Regionalentwicklung. Die Ortskerne müssten wiederbelebt werden, mit allem, was zum Leben notwendig ist, von der Sparkassenfiliale über den Tante-Emma-Laden bis zur ärztlichen Versorgung. Nur wenn dies gelinge, könne der Entvölkerung ländlicher Räume entgegengewirkt werden.

Für Prantl steht fest: „Eine kluge Lokal- und Regionalpolitik lockt nicht einfach nur irgendwelche Investoren in den Ort; sie stärkt auch die Grundversorgung, sie stärkt den sozialen Zusammenhalt und die gewachsenen Traditionen ihrer Bürgerinnen und Bürger – und so ihre Offenheit für die, die neu kommen, für Migranten zum Beispiel“.

Heimat ist für Prantl damit kein abstrakter Begriff. Heimat habe zu tun mit Demokratie, dem Sozialstaat und mit Europa. „Wenn Demokratie gelingt, wird sie zur Heimat für die Menschen, die in dieser Demokratie ihre Zukunft mitgestalten. Wenn der Sozialstaat funktioniert, ist er Heimat für die Menschen, die sich eine Villa nicht leisten können“. Und: „Um unsere erste Heimat, um unsere Heimaten zu erhalten, brauchen wir Europa als zweite oder dritte Heimat“.



Prof. Dr. Heribert Prantl. Foto: Daniel Beiter

Europa ist für Prantl das Beste, was den Völkern, die in ihm leben, in ihrer Geschichte passiert ist. „Die Europäische Union ist das Ende eines fast tausendjährigen Krieges, den fast alle gegen fast alle geführt haben. Sie ist ein unverdientes Paradies für die Menschen eines ganzen Kontinents.“

Mit Blick auf andere Kulturen und Religionen, insbesondere den Islam, zitiert Prantl den verstorbenen Wiener Altkardinal Franz König mit den Worten: „Wir haben so viele verschiedene Kulturen auf heimatlichem Boden. Dieser Reichtum darf nicht nivelliert werden; er muss das vereinte Europa prägen.“

Worum also geht es, wenn von Heimat die Rede ist? „Die Zukunft miteinander gestalten – darum geht es.“, resümiert Prantl. „Heimat wird einem

nicht von Amazon ins Haus geliefert. Man muss selber etwas dafür tun.“

Wie das geschehen kann, liegt für Prantl auf der Hand: „Die Übernahme von Verantwortung schafft Heimat“. Er appelliert dafür, sich einzumischen, seinen Beitrag zu leisten und Heimat mit allen Sinnen zu erleben. „Dieses heimatliche Bewusstsein kann einem eine Grundsicherung fürs Leben geben. Und sie kann die Neugier wecken auf andere Heimaten und auf das, was für andere Heimat ist“, schließt Prantl seinen Festvortrag.

*Werner Kraus  
Referent Bayerischer Bezirketag  
w.kraus@bay-bezirke.de*

# Bundesteilhabegesetz (BTHG)

## Aktueller Stand der Umsetzung

### **Trennung von Eingliederungshilfe und existenzsichernden Leistungen**

Als wesentliche Änderung neben der Aufhebung der Untergliederung der Leistungen in ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen sieht das Bundesteilhabegesetz eine Trennung von Eingliederungshilfe (Fachleistungen) und den sogenannten existenzsichernden Leistungen (Leistungen für Unterkunft und Verpflegung) in den bisherigen Einrichtungen ab 2020 vor. Mit den Einrichtungsträgern können dann nur noch die Eingliederungshilfeleistungen vereinbart werden. Bisher waren auch die Leistungen für Unterkunft und Verpflegung Teil der Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen zwischen den Bezirken und den Einrichtungsträgern.

Die bayerischen Bezirke haben sich mit den Leistungserbringerverbänden und der LAG Selbsthilfe, der Dachorganisation von derzeit 110 Selbsthilfeverbänden behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen in Bayern, darauf verständigt, zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in einem ersten Schritt eine Übergangsvereinbarung für die bisherigen stationären Einrichtungen abzuschließen, nach der die Fachleistungen und die existenzsichernden Leistungen einer Einrichtung aufgetrennt werden können. Alle Beteiligten waren übereinstimmend der Auffassung, dass eine Überleitungsvereinbarung erforderlich ist, da nur so sichergestellt werden kann, dass rechtzeitig bis spätestens Ende dieses Jahres für alle stationären Einrichtungen neue Vereinbarungen über die Fachleistungen abgeschlossen werden können und die Leistungsberechtigten Bewilligungsbescheide auf der Grundlage des BTHG erhalten werden. Diese Vereinbarung konnte nun nach über einem Jahr sehr intensiv und konstruktiv geführter Verhandlungen abgeschlossen werden. Sie ist ab dem 1. Januar 2020 Grundlage für die Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen für alle stationären Einrichtungen in Bayern.

Die Überleitungsphase beginnt am 1. Januar 2020 und endet mit der landesweiten Vereinbarung eines Rahmenvertrages sowie der einschlägigen Rahmenleistungsvereinbarungen, einschließlich der Umstellung der entsprechenden Vergütungssysteme, spätestens jedoch am 31. Dezember 2022. Soweit eine individuelle Leistungsvereinbarung nach den Neuregelungen des BTHG vor diesem Zeitpunkt außerhalb dieser Übergangsvereinbarung abgeschlossen wird, sind deren Vertragspartner verpflichtet, ihre Vereinbarung unverzüglich (auch innerhalb des laufenden Vereinbarungszeitraums) an die Inhalte eines zwischenzeitlich geschlossenen Rahmenvertrags bzw. einer zwischenzeitlich geschlossenen Rahmenleistungsvereinbarung anzupassen. Vereinbart ist, dass die Übergangsvereinbarung gemeinsam von allen Beteiligten bei gesetzlichen Änderungen, ansonsten jährlich überprüft und ggf. notwendige Anpassungen vorgenommen werden. Neben den Arbeiten an dieser Übergangsvereinbarung wurde an dem Entwurf eines Landesrahmenvertrags gemäß § 131 SGB IX gearbeitet. Diese Arbeiten wurden zwischenzeitlich wegen der Arbeiten an der Übergangsvereinbarung zurückgestellt. Sie wurden nach dem Abschluss der Übergangsvereinbarung nun aber wieder aufgenommen.

### **Finanzierung der Interessensvertretung der Werkstattträger auf Bundesebene**

In der Arbeitsgruppe der Landesentgeltkommission konnte über die Finanzierung der Interessensvertretung der Werkstattträger auf Bundesebene eine Einigung zwischen der Bezirks- und der Leistungserbringerseite erzielt werden. Bei neuen Vergütungsvereinbarungen ab 2019 soll ein Betrag von 1,22 Euro pro Jahr und Beschäftigtem im Arbeitsbereich der Werkstatt berücksichtigt werden. Teil des Beschlusses ist auch, dass diese Regelung überprüft wird, sollte es auf Bundesebene zu einer Neuregelung der Vergütung kommen.

### **„Budget für Arbeit“ und „Anderer Leistungsanbieter“**

Durch das Bundesteilhabegesetz sind das „Budget für Arbeit“ und die Beschäftigung bei einem sog. „Anderen Leistungsanbieter“ als Alternativen zur Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen zum 1. Januar 2018 neu in das Gesetz aufgenommen worden. Damit können Menschen mit Behinderungen anstelle einer Beschäftigung in der Werkstatt bei einem „Anderen Leistungsanbieter“ arbeiten oder ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufnehmen. Beim Budget für Arbeit erhält der Arbeitgeber dafür einen Lohnkostenzuschuss und der Leistungsberechtigte die erforderliche Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz. Zur Umsetzung dieser neuen Beschäftigungsmöglichkeit haben das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, das Zentrum Bayern Familie und Soziales – Inklusionsamt sowie der Bayerische Bezirkstag eine Vereinbarung zu den Finanzierungsmodalitäten und zum Verfahren geschlossen. Danach über-

nehmen die Bezirke die Lohnkostenzuschüsse, während die Kosten der Anleitung und Begleitung vom Inklusionsamt getragen werden. Darüber hinaus stellen die Integrationsfachdienste im Auftrag des Inklusionsamts den Umfang der Minderleistung der Menschen mit Behinderung fest sowie den Umfang der notwendigen Anleitung und Begleitung am Arbeitsplatz.

Bisher werden diese Angebote in Bayern nur in recht geringem Umfang angenommen. Die letzte Erhebung bei den Bezirken zum 30. Juni 2019 ergab 19 Bewilligungen auf ein Budget für Arbeit, 13 Anträge befanden sich noch in Bearbeitung. Mit „Anderen Leistungsanbietern“ konnten vier Vereinbarungen geschlossen wurden, bei drei Anträgen waren die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

*Peter Wirth  
Referent Bayerischer Bezirkstag  
p.wirth@bay-bezirke.de*

# Bayerisches Teilhabegesetz II (BayTHG II)

## Aktueller Stand der Umsetzung

Mit dem Inkrafttreten der dritten Stufe des BTHG zum 1. Januar 2020 wird auch das BayTHG II wirksam werden. Derzeit laufen die Vorbereitungen dazu im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) in enger Abstimmung mit den Verbänden und Vertretern der Menschen mit Behinderung, den Kommunalen Spitzenverbänden und den Leistungserbringerverbänden. Der umfangreiche Beteiligungsprozess, den das StMAS bereits bei der Erarbeitung des BayTHG I durchführte, wird beim BayTHG II fortgesetzt. So fand auf Einladung des Ministeriums eine erste große Besprechung mit Vertreterinnen und Vertretern aller der oben genannten Verbände und Organisationen bereits am 31. Januar 2019 statt. Für die Bezirke sind insbesondere die Regelungen zur künftigen Zuständigkeiten in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe von großer Bedeutung. Nach derzeitigem Stand sollen hier Regelungen getroffen werden, die die aktuellen Zuständigkeiten der Bezirke, insbesondere in der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege, wie bisher belassen und lediglich unerwünschte Zuständigkeitsänderungen durch das BayTHG I korrigieren.

### **Arbeitsgruppe (AG) gemäß § 99 AVSG zur Entwicklung eines Bedarfsermittlungsinstruments**

Die AG hat zwei Unterarbeitsgruppen (UAG) gebildet. Eine soll im Arztbericht als Teil des

Bedarfsermittlungsinstruments die erforderlichen Anpassungen vornehmen und Berichte anderer Rehabilitationsträger einbinden. Die zweite UAG soll den einheitlichen Sozialbericht weiterentwickeln und die neun Lebensbereiche abbilden. Das Instrument soll auch zur Ermittlung der Bedarfe von Kindern und Jugendlichen geeignet sein.

Im November haben die UAGs ihre bisher erarbeiteten Ergebnisse der AG vorgestellt. Der Arztbericht wurde im Wesentlichen konsentiert; die Arbeit dieser UAG ist damit beendet. Auch das Zwischenergebnis der UAG (bisheriger) Sozialbericht hat die AG gebilligt, so dass die UAG auf dieser Basis weiterarbeiten kann, insbesondere am noch fehlenden Maßnahmenteil. Nach der Zustimmung der AG Anfang Juli folgt im nächsten Schritt nun eine bayernweite Erprobungsphase des neuen Instruments bei einzelnen Einrichtungen bzw. Diensten. Der Bayerische Bezirkstag führt momentan Gespräche mit verschiedenen IT-Dienstleistern, um eine barrierefreie Programmierung der Formulare zu beauftragen.

*Julia Neumann-Redlin*  
Referentin Bayerischer Bezirkstag  
[j.neumann-redlin@bay-bezirke.de](mailto:j.neumann-redlin@bay-bezirke.de)

# Teilhabe am Arbeitsleben

## Modellprojekt „BÜWA“ verlängert

Der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags hat sich in seiner letzten Sitzung einstimmig für eine dauerhafte Fortsetzung der Förderung des „Modellprojekts zur Förderung des Übergangs von der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (BÜWA)“ ausgesprochen und den Bezirken empfohlen, die Kooperationsvereinbarung in der überarbeiteten Fassung abzuschließen.

### Zum Hintergrund des Projekts

Mit dem Modellprojekt BÜWA sollen die Teilnehmenden so gefördert und qualifiziert werden, dass sie unabhängig von den Leistungen der Eingliederungshilfe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können.

In seiner Zielsetzung der Qualifizierung für den allgemeinen Arbeitsmarkt geht BÜWA damit deutlich weiter als zum Beispiel das gesetzliche Instrumentarium des Budgets für Arbeit, das eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit zur Arbeit in der Werkstatt ermöglicht und nur solange in Anspruch genommen werden kann, wie die persönlichen Voraussetzungen für eine Beschäftigung in einer WfbM vorliegen (insbesondere keine Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt). BÜWA hat dagegen gerade die Zielsetzung, die Erwerbsfähigkeit der Teilnehmenden (wieder)herzustellen.

Das Modellprojekt wurde vom Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstags im November 2017 bis zum 30. November 2019 verlängert. Entsprechend der Verlängerung der Laufzeit wurde die Anzahl der teilnehmenden Personen auf insgesamt 575 Personen aufgestockt. Aufgrund des aktuellen Sachstands lässt sich feststellen, dass die angestrebte Teilnehmerzahl bis zum Ende des Projektlaufzeitraums keinesfalls erreicht werden wird. Bis zum 31. März 2019 gab es 260 Teilnehmende an dem Projekt. Positiv ist allerdings, dass von den 260 Teilnehmenden bereits 87 Personen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt

werden konnten, wovon lediglich sieben Beschäftigte das Arbeitsverhältnis bisher abgebrochen haben. Dies bedeutet eine Vermittlungsquote auf den allgemeinen Arbeitsmarkt von über 30 Prozent der Teilnehmenden. Damit ist die Zielsetzung des Projekts, dass ein Drittel der Teilnehmenden auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden kann, ziemlich genau erreicht.

Aufgrund der bereits erzielten Erfolge hat der Lenkungskreis des Projekts, in dem alle Vereinbarungspartner und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der WfbM (LAG WfbM) und der LAG der Integrationsfachdienste (LAG IFD) Mitglied sind, sich einstimmig für eine dauerhafte Fortsetzung dieser Fördermöglichkeit ausgesprochen.

In einer Arbeitsgruppe, in der Vertreterinnen und Vertreter des Lenkungskreises vertreten waren, wurde die aktuelle Kooperationsvereinbarung, die am 30. November 2019 ausläuft, überarbeitet. Dabei wurden notwendige Anpassungen im Hinblick auf das BTHG vorgenommen sowie die Änderungen eingearbeitet, die erforderlich sind, damit diese Fassung als Folgevereinbarung der derzeit gültigen Vereinbarung abgeschlossen werden kann.

Zu klären ist noch, ob die Rentenversicherung mit als Vereinbarungspartner aufgenommen werden kann. Dies wäre vor allem für Menschen mit einer seelischen Behinderung sehr hilfreich, da bei diesem Personenkreis sehr häufig nicht die Bundesagentur für Arbeit, sondern der Rentenversicherungsträger für die Reha-Leistungen zuständig ist. Das wird derzeit vom Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales sondiert. Sollte dies gelingen, müsste die Vereinbarung insoweit noch angepasst werden.

*Peter Wirth*  
Referent Bayerischer Bezirkstag  
[p.wirth@bay-bezirke.de](mailto:p.wirth@bay-bezirke.de)

# Flächendeckende Errichtung von Krisendiensten (gemäß) Art. 1 PsychKHG

Wie im *Bezirketag.info 1/2019* berichtet, sind die Bezirke aktuell dabei, für die Versorgung von Menschen in psychischen Krisen flächendeckend Krisendienste auf- bzw. die bereits bestehenden Dienste auszubauen.

Um den Aufbau, die Umsetzung, Etablierung von Qualitätsstandards sowie Evaluation und Weiterentwicklung der Krisendienste zu begleiten, wurde ein spezielles Gremium ‚Krisendienst‘ unter der Moderation des Bayerischen Bezirketags eingerichtet. Mitglieder dieses Begleitgremiums sind Vertreterinnen und Vertreter der sieben Bezirke, der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste sowie des Landesverbands Psychiatrie-Erfahrener Bayern und des Landesverbands Bayern der Angehörigen psychisch Kranker, die Leiterinnen und Leiter der Leitstellen bzw. Geschäftsführer der Krisendienste sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege sowie der Kassenärztliche Vereinigung Bayerns.

Die bereits bestehenden bayerischen Krisendienste und die Arche e. V. München hatten schon 2018 gemeinsame ‚Qualitätsstandards für Krisendienste in Bayern‘ erarbeitet. Darin wurden Leitgedanken, fachliche Grundlagen, Krisenverständnis, Leistungsangebot, Verwaltungs- und Organisationsstruktur, Qualifizierung und Unterstützung der Mitarbeitenden sowie Aspekte zu Kooperation und Vernetzung niedergeschrieben. Diese sind die Grundlage für die Arbeit der bereits bestehenden Krisendienste in Bayern. Das Begleitgremium ‚Krisendienst‘ hat diese Standards sehr begrüßt. Dementsprechend hat nun der Hauptausschuss

des Bayerischen Bezirketags in seiner letzten Sitzung in Kulmbach sich diesen Standards angeschlossen und sie für verbindlich erklärt.

Die Qualitätsstandards gehen über die gesetzlichen Vorgaben des BayPsychKHG deutlich hinaus. Mit ihnen haben sich die Bezirke beispielsweise zur Qualifizierung und Unterstützung der Mitarbeitenden verpflichtet. Diese sollen kontinuierlich weitergeschult werden und ein individuelles Unterstützungs- und Hilfeangebot erhalten.

Das Bildungswerk Irsee unterstützt die Qualifizierung durch das Angebot zentraler intensiver Schulungsmaßnahmen für Krisendienstmitarbeiter und Multiplikatorenschulungen für solche, die dezentral in den Bezirken die Schulungen der neuen Mitarbeitenden vor Ort in den Bezirken übernehmen. Dies gelingt vor allem auch wegen der großen Unterstützung und dem intensiven zeitlichen Einsatz der Leiter und Expertinnen und Experten der beiden bereits bestehenden Krisendienste Mittelfranken und Oberbayern, die bereit waren, ihre langjährige Erfahrung zur Verfügung zu stellen. Ihnen sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

**Die Qualitätsstandards finden Sie unter**  
[www.bay-bezirke.de/krisendienst.html](http://www.bay-bezirke.de/krisendienst.html)

*Celia Wenk-Wolff*  
Referentin Bayerischer Bezirketag  
[c.wenk-wolff@bay-bezirke.de](mailto:c.wenk-wolff@bay-bezirke.de)



# Versorgung von Menschen mit besonderen Verhaltensauffälligkeiten

Im Jahr 2017 erreichten die Geschäftsstelle vermehrt Problemanzeigen der Bezirkskliniken aus den Bereichen Allgemeinpsychiatrie, Gerontopsychiatrie und der psychiatrischen Behandlung von geistig behinderte Patientinnen und Patienten mit besonders herausforderndem, aggressiven Verhalten. Geschildert wurde insbesondere, dass zunehmend Patientinnen und Patienten während des Krankenhausaufenthalts der Heimvertrag gekündigt wurde und dass aufgrund eines Mangels an adäquaten Plätzen die Weiterversorgung erschwert sei. Die Geschäftsstelle hat daraufhin die Art und Zahl dieser Vorkommnisse abgefragt und festgestellt, dass es nicht nur in Fällen von Patientinnen und Patienten mit einem gekündigten Heimvertrag schwierig sein kann, eine geeignete Nachsorgeeinrichtung zu finden. Zudem unterscheiden sich Ursachen und mögliche Lösungsansätze bei Personen mit Bedarf der Eingliederungshilfe und Personen mit Pflegebedarf.

## **Lösungsansatz für Patienten mit Eingliederungshilfebedarf: Befähigung der Einrichtungen**

Schwer psychisch kranke Menschen mit herausforderndem Verhalten und einem hohen Bedarf an Eingliederungshilfe, für die es deshalb schwierig ist, eine geeignete stationäre Einrichtung der Eingliederungshilfe im Anschluss an den Klinikaufenthalt zu finden, gab es schon immer. Jedoch hat ihre Anzahl auch aufgrund der verbesserten Möglichkeiten, sich einer Zwangsbehandlung zu entziehen, zugenommen. Die Sozialverwaltungen der Bezirke haben unterschiedliche Maßnahmen ergriffen, dem zu begegnen. Hierzu zählen zum Beispiel die Kontaktaufnahme zum Bezirk im Vorfeld einer beabsichtigten Kündigung durch die Heimeinrichtung, die gezielte Beratung und Begleitung der Einrichtung, um diese zur weiteren Betreuung der schwierigen

Klientinnen und Klienten zu befähigen oder unter Umständen auch die Zusatzvereinbarung für einen höheren Personalschlüssel mit dem Bezirk. Die Zusammenstellung der Maßnahmen durch den Bayerischen Bezirketag diente dazu, sich über ‚Best practice‘ auszutauschen und voneinander zu lernen.

## **Lösungsansatz für gerontopsychiatrische Patienten: Steigerung der Versorgungskapazitäten**

Bei den gerontopsychiatrischen Patientinnen und Patienten mit herausforderndem Verhalten handelt es sich nicht um einige wenige Personen, für die die Bezirke im Rahmen ihres Versorgungsauftrags eigene zentrale Einrichtungen vorhalten, sondern um einen Versorgungsbedarf in der Fläche. Dabei wurde überraschend festgestellt, dass die Kapazitäten für beschützend zu betreuende Heimbewohner seit der Umstellung der Pflegestufen auf Pflegegrade, mittelbar also in Folge der Pflege-stärkungsgesetze erheblich abgebaut wurden. Die Verschlechterung der Versorgungssituation für gerontopsychiatrische Patientinnen und Patienten war allerdings vom Gesetzgeber weder beabsichtigt, noch von den Vertragspartnern auf der Landesebene vorhergesehen worden.

Der Bayerische Bezirketag ist nun im intensiven Gespräch mit dem Bayerischen Gesundheitsministerium sowie Einrichtungsträgern, um auf eine dringend erforderliche Verbesserung der Versorgungssituation gerontopsychiatrischer Patientinnen und Patienten mit stationärem Pflegebedarf hinzuwirken.

*Celia Wenk-Wolff*  
Referentin Bayerischer Bezirketag  
[c.wenk-wolff@bay-bezirke.de](mailto:c.wenk-wolff@bay-bezirke.de)

## 9. Bayerischer Psychiatrischer Pflegepreis im Bildungswerk Irsee verliehen

Zum neunten Mal verlieh der Verband der Pflegedienstleitungen Psychiatrischer Kliniken Bayern (VdP psych. Bayern e.V) den Bayerischen Psychiatrischen Pflegepreis. Die Preisträger – 1. Preis: Michael Mayer und Frank Gebler für ein 8-köpfiges interprofessionelles Team im Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren (Schwaben); 2. Preis: Markus Kratzel, kbo Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg (Oberbayern); 3. Preis: Julia Schnell, BKH Lohr (Unterfranken) – wurden von Barbara Holzmann (Erste Vizepräsidentin des Bayerischen Bezirketags) und vom ersten Vorsitzenden des VdP psych. Bayern e.V., Hans Peter Hartl (Bezirksklinikum Mainkofen, Deggendorf), feierlich ausgezeichnet.

Die bayerischen Bezirke tragen in besonderer Weise Verantwortung für die Psychiatrie in Bayern. Die psychiatrische Pflege steht dabei gleichermaßen für fachliche Betreuung wie persönliche Zuwendung. „Ihre Berufsgruppe ist am nächsten dran an den Menschen und stellt die primären Kontaktpersonen für Betroffene wie Angehörige“, hob Vizepräsidentin Barbara Holzmann in ihrer Begrüßung der zahlreich angereisten Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren aus dem gesamten Freistaat hervor. „Der alle zwei Jahre ausgelobte Bayerische Psychiatrische Pflegepreis ist daher ein wichtiges Zeichen, Pflege nicht nur unter dem Aspekt des Mangels an Fachkräften wahrzunehmen, sondern die hochwertigen Leistungen und qualitativen Innovationen Ihrer Berufsgruppe herauszustreichen.“

Jacqueline Rixe (Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Studiengang Psychische Gesundheit/Psychiatrische Pflege der Fachhochschule der Diakonie in Bielefeld) würdigte die ausgezeichneten Projekte. Im Namen der Jury – der auch Prof. Dr. Michael Bossle (Gründungsdekan der Fakultät Angewandte Gesundheitswissenschaften der TH Deggendorf), Martina Heland-Graef (Vorstandsmitglied des Vereins „Bürgerhilfe in der Psychiatrie – Landes-

verband Bayern“) und der Leiter des Bildungswerks des Bayerischen Bezirketags angehörten – hob die auch in der Stabsstelle für Pflegeforschung in der Psychiatrie im ev. Klinikum Bethel tätige Jacqueline Rixe in ihrer Laudatio hervor, dass alle prämierten Arbeiten zeigen, wie vielfältig pflegerische Herausforderungen in der Psychiatrie sind: „Theoretisch fundiert und anspruchsvoll, aber auch praktisch anwendbar und innovativ, das macht psychiatrische Pflege aus“, zollte die eigens aus Nordrhein-Westfalen angereiste Pflegewissenschaftlerin den Preisträgerinnen und Preisträgern Respekt.



(v.l.n.r.): Jacqueline Rixe und Dr. Stefan Raueiser (Jury), Michael Mayer (BKH Kaufbeuren, 1. Preis), Barbara Holzmann (Vizepräsidentin des Bayerischen Bezirketags), Markus Kratzel (kbo Inn-Salzach-Klinikum Wasserburg, 2. Preis), Hans Peter Hartl (Vorsitzender des Verbandes der Pflegedienstleitungen Psychiatrischer Kliniken Bayern) sowie Julia Schnell (BKH Lohr am Main, 3. Preis). Foto: Jürgen Hollick, © Bildungswerk Irsee

Dr. Stefan Raueiser  
Leiter Bildungswerk Irsee und  
Schwäbisches Bildungszentrum  
stefan.raueiser@kloster-irsee.de

## Fach- und Begegnungstag: „Demenz – Lebensqualität im Fokus“

Anfang Juli fand in Kooperation mit dem Bildungswerk des Bayerischen Bezirktags zum 5. Mal der Fach- und Begegnungstag der Demenzhilfe Allgäu zum Thema „Demenz, Lebensqualität im Fokus“ statt. Unter Leitung von Prof. Dr. Philipp Prestel und Prof. Dr. Johannes Zacher von der Hochschule Kempten erfuhren über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Neues aus dem regionalen Demenz-Netzwerk. Darüber hinaus boten Workshops ein breites Angebot an fachlichem und praktischem Input sowie Zeit für Gespräche und Vernetzungen. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, Betroffene, pflegende Angehörige und hauptamtliche Akteure konnten unter anderem ausprobieren, wie man ein Tablet in der Betreuung von Menschen mit Demenz einsetzen kann. Außerdem gab es Ein-

blicke in das Modellprojekt „Sport und Bewegung trotz(t) Demenz“ sowie einen lebendigen Vortrag zum Spannungsfeld Demenz und Autofahren.

Der durchweg sehr gelungene Tag fand nicht nur seinen Ausklang bei strahlendem Sonnenschein in der Orangerie des Schwäbischen Bildungszentrums, sondern wird am 30. April 2020 seine Fortsetzung im 6. Fach- und Begegnungstag der Demenzhilfe Allgäu in Kloster Irsee finden.

*Jürgen Hollick*  
Bildungsreferent Pflege und therapeutische  
Dienste im Bildungswerk Irsee  
[hollick@bildungswerk-irsee.de](mailto:hollick@bildungswerk-irsee.de)

## Forschungs- und Fortbildungskongress der Fachkliniken der bayerischen Bezirke 2019

Am 23. und 24. Oktober 2019 findet in Kloster Irsee der diesjährige Forschungs- und Fortbildungskongress statt, den das Bildungswerk des Bayerischen Bezirktags mit finanzieller Förderung durch die Gesundheitsunternehmen der bayerischen Bezirke veranstaltet und der von Prof. Dr. Peter Brieger, Ärztlicher Direktor des kbo-Isar-Amper-Klinikums, München, und Prof. Dr. Peter Zwanzger, Ärztlicher Direktor des kbo-Inn-Salzach-Klinikums, Wasserburg, geleitet wird.

Der Kongress hat die Zielsetzung, durch Fachbeiträge renommierter Expertinnen und Experten das Wissen zu verschiedenen neuro-psychiatrischen Themenkomplexen zu aktualisieren, auf der anderen Seite aber auch Projekte aus den Fachkliniken vorzustellen und anwendungsorientierte Forschung aus den bayerischen Bezirkskrankenhäusern zu kommunizieren.

Zur Teilnahme eingeladen sind daher sowohl Interessenten, die keine eigenen Arbeiten präsen-

tieren, sich aber fachlich austauschen und weiterbilden möchten, als auch Teilnehmer, die sich aktiv am Kongress in Form einer Postervorstellung beteiligen möchten. Gerade die Postersessions bieten eine gute Gelegenheit für einen lebendigen persönlichen und fachlichen Austausch. Wie bereits in den letzten Jahren auch werden die besten Poster am Ende des Kongresses prämiert.

Anmeldungen zur Teilnahme am Forschungskongress sind ab sofort möglich. Weitere Informationen inkl. Kongressprogramm finden Interessierte unter [www.forschungskongress.de](http://www.forschungskongress.de) oder unter [www.bildungswerk-irsee.de](http://www.bildungswerk-irsee.de) (siehe Kurs 827/19; hier ist auch eine online-Anmeldung möglich).

*Dr. Angela Städele*  
Ärztliche Bildungsreferentin im Bildungswerk Irsee  
[staedele@bildungswerk-irsee.de](mailto:staedele@bildungswerk-irsee.de)

## „Auch der ‚Gnadentod‘ ist Mord.“

### Historische Analyse des Augsburger Strafprozesses über die NS- „Euthanasie“-Verbrechen in Kaufbeuren und Irsee in Vorbereitung

Vor siebzig Jahren – vom 7. bis zum 30. Juli 1949 – verhandelte das Schwurgericht beim Landgericht Augsburg gegen den damaligen ärztlichen Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Kaufbeuren/Irsee, Dr. Valentin Faltthäuser, gegen zwei Krankenschwestern und einen Krankenpfleger sowie gegen den ehemaligen Verwaltungsleiter der Anstalt wegen ihrer Verstrickung in die nationalsozialistischen Patientenmorde. Bereits vor zwei Jahren hat Kloster Irsee als Tagungs-, Bildungs- und Kulturzentrum des Bezirks Schwaben deshalb eine umfassende Recherche des Prozesses, seiner Vorgeschichte und seines Verlaufs, in Auftrag gegeben, geriet doch das Wissen über dieses Strafverfahren schon sehr bald nach der Urteilsverkündung in Vergessenheit.

Als Bearbeiter gewonnen wurde der Historiker Dr. Dietmar Schulze (Leipzig). Als Mitglied des bundesweiten Arbeitskreises zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation hat er bereits an Forschungen und Veröffentlichungen der „Euthanasie“-Gedenkstätten Pirna-Sonnenstein (Sachsen), Brandenburg an der Havel und Schloss Hartheim (Oberösterreich) mitgewirkt.

Das Bildungswerk des Bayerischen Bezirkstags wird nun im November dieses Jahres in seiner Schriftenreihe ‚impulse‘ eine breit angelegte historische Darstellung und Analyse herausgeben, um alle Prozessbeteiligten vorzustellen, den Prozessverlauf zu dokumentieren und das Ergebnis des Strafverfahrens in die Rechtsprechung der Nach-

kriegszeit einzuordnen. Herausgeber des Schriftenbandes sind der Vorstandsvorsitzende der Bezirkskliniken Schwaben, Thomas Düll, der auch Vorsitzender des Fachausschusses der Gesundheitseinrichtungen der sieben bayerischen Bezirke ist, und der Leiter des Bildungswerks des Bayerischen Bezirkstags.



*Historisches Pressefoto aus dem Gerichtssaal, © Schwäbische Landeszeitung, Juli 1949*

Der Öffentlichkeit vorgestellt wird die Studie im Rahmen der Ausstellung „Kaufbeuren unterm Hakenkreuz. Eine Stadt geht auf Spurensuche“ am 13. Februar 2020 im Stadtmuseum Kaufbeuren.

*Dr. Stefan Raueiser  
Leiter Bildungswerk Irsee und  
Schwäbisches Bildungszentrum  
stefan.raueiser@kloster-irsee.de*

**Anmeldung und weitere Informationen unter  
[www.bildungswerk-irsee.de](http://www.bildungswerk-irsee.de).**